

S a t z u n g

über das Bestattungswesen der Gemeinde Holzgünz

Aufgrund der Artikel 23, 24 Abs. 1 Nr. 1 und 2 und Abs. 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern erlässt die Gemeinde Holzgünz mit Genehmigung des Landratsamtes Unterallgäu vom 1. Dezember 1988, Nummer 21-554-2 folgende Satzung:

I

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Gegenstand der Satzung

Die Gemeinde Holzgünz unterhält die erforderlichen Einrichtungen für das Bestattungswesen. Es sind dies:

- 1 der Friedhof.
- 2 das Leichenhaus in Holzgünz. (Satzungsänderung zum xxxxxxxxxxxxxx)

§ 2

Benutzungsrecht und Benutzungszwang

Das Recht und die Pflicht zur Nutzung (Inanspruchnahme) der einzelnen Bestattungseinrichtungen bestimmt sich nach Maßgabe dieser Satzung.

II

Bestattungseinrichtungen

1 Der Friedhof

§ 3

Benutzungsrecht

- 1 Der Friedhof dient der würdigen Bestattung der verstorbenen Gemeindeglieder und, wenn eine ordnungsgemäße Beisetzung nicht anderweitig sichergestellt ist, auch

der im Gemeindegebiet oder in einem angrenzenden gemeindefreien Gebiet Verstorbenen oder tot Aufgefundenen, sowie denjenigen Personen, denen ein Grabnutzungsrecht im gemeindlichen Friedhof zusteht.

- 2 Die Bestattung anderer Personen bedarf der Erlaubnis durch die Gemeinde.
- 3 Auf dem Friedhof werden auch Totgeburten, Fehlgeburten, Leichenteile, abgetrennte menschliche Körperteile und Aschenreste feuerbestatteter Personen beerdigt.
- 4 Das Recht zur Bestattung des Verstorbenen steht dessen Angehörigen zu. Soweit nach dem Willen des Verstorbenen dritte Personen für die Bestattung zu sorgen haben, steht diesen ein Recht zur Benutzung des Friedhofes zu. Ist keine der vorstehenden Personen vorhanden oder ist sie verhindert, so ist diejenige, in dessen Wohnung der Sterbefall eingetreten ist, berechtigt.

§ 4

Art der Gräber

Es werden folgende Arten von Gräbern unterschieden:

- 1 Einzelgräber.
- 2 Familiengräber.
- 3 Urnenrasengräber (Erdgrab)

§ 5

Einzelgräber

Einzelgräber dienen immer nur der Bestattung einer Leiche und werden auf die Dauer von 25 Jahren zur Verfügung gestellt. Auf Antrag wird die Dauer des Benutzungsrechtes um höchstens 10 weitere Jahre gegen Zahlung einer Verlängerungsgebühr verlängert, sofern nicht zwingende, im Anstaltszweck liegende Gründe einer Verlängerung entgegenstehen. Dies begründet jedoch kein Recht, eine weitere Leiche in das Grab zu legen.

§ 6

Familiengräber

- 1 Familiengräber sind alle Erdgräber mit Ausnahme der Einzelgräber. Sie bestehen aus mehreren Grabstellen; sie werden auf die Dauer von 25 Jahren zur Bestattung von Leichen zur Verfügung gestellt. Nach Ablauf der Benützungszeit wird das Benutzungsrecht auf Antrag bei Zahlung einer Verlängerungsgebühr verlängert, sofern nicht zwingende, im Anstaltszweck liegende Gründe des öffentlichen Wohles einer Verlängerung entgegenstehen.
Stirbt ein Familienangehöriger mit Belegungsrecht auf eine Grabstelle in einem Familiengrab und wird er in demselben Grab beerdigt, wird die Benutzungszeit um eine neue Benutzungszeit (25 Jahre) verlängert. Das gilt auch für die Neubelegung bei einem tiefer gelegten Einzelgrab.

- 2 In den Familiengräbern können der Erwerber und seine Angehörigen bestattet werden. Als Angehörige gelten Ehegatten, Verwandte auf- und absteigender Linie, angenommene Kinder und Geschwister sowie deren Ehegatten.
Die Beisetzung einer anderen Person in einer Familiengrabstätte bedarf der besonderen Genehmigung.

§ 6a

Urnengräber

Urnenasengräber sind Reihengräber (Erdgräber) zur Aschenbeisetzung, in denen bis zu 4 Urnen beigesetzt werden können und für die Dauer von 10 Jahren zur Verfügung gestellt werden.

§ 7

Friedhofsplan und Größe der Gräber

- 1 Die Anlage der Grabstätten richtet sich nach dem Friedhofsplan (Belegungsplan) der Gemeinde.
- 2 Die Grabstätten haben ohne Zwischenwege folgende Mindestausmaße:
- | | | | |
|---------------------|---------------------|----------------------|-------------|
| 2.1 Einzelgräber: | Länge 2,50m | Breite 0,80m | Tiefe 1,80m |
| 2.2 Familiengräber: | Länge 2,50m | Breite 1,60m | Tiefe 1,80m |
| 2.3 Urnengräber: | Länge (bis zu) 0,8m | Breite (bis zu) 0,8m | Tiefe 0,6m |
- 3 Die Stärke der Bodenschicht zwischen zwei Gräbern beträgt mindesten 0,50m.
- 4 Die endgültigen Grabhügel dürfen nicht über 20cm hoch sein.

§ 8

Rechte an Grabstätten

- 1 Sämtliche Grabstätten bleiben Eigentum der Gemeinde; an ihnen bestehen nur Rechte nach den Bestimmungen dieser Satzung.
- 2 Das Benutzungsrecht an Grabstätten wird an einzelne natürliche Personen nach Entrichtung der Grabgebühren verliehen. Hierüber wird dem Benutzungsberechtigten eine Bescheinigung ausgestellt.
- 3 Das Recht an einer Grabstätte kann unter Lebenden nur mit Zustimmung der Gemeinde übertragen werden.
- 4 Mit dem Tode des Berechtigten geht das Recht an der Grabstätte auf die Person über, zu deren Gunsten eine schriftliche Willenserklärung des verstorbenen Berechtigten vorliegt. Liegt keine Erklärung vor, geht das Grabrecht an den überlebenden Ehegatten oder auf die weiteren Nachkommen über. Sind mehrere Nachkommen vorhanden,

so ist jeweils der älteste Nachkomme berechtigt, wenn nicht durch übereinstimmende Erklärung sämtlicher Nachkommen die Berechtigung einem anderen übertragen wird. Sind keine Nachkommen vorhanden, so ist jeweils der nächste Verwandte oder Verschwägerter des Verstorbenen berechtigt. Sind mehrere Verwandte oder Verschwägerter gleichen Grades vorhanden, so bedarf es ihrer übereinstimmenden Erklärung, auf wen die Berechtigung übergehen soll. Kommt eine Einigung nicht zustande, so bestimmt die Gemeinde jeweils den Ältesten als Berechtigten. Verzichtet ein nach dem Vorstehendem Nächstberechtigter auf das Recht, so gilt er als nicht vorhanden.

- 5 Der Übergang des Grabrechtes im Wege der Rechtsnachfolge hat bei Familiengräbern keine Anwendung des Kreises der Personen, welche in der Grabstätte bestattet werden können, zur Folge. Die Gemeinde kann bei nahen Verwandten Ausnahmen genehmigen.
- 6 Wer das Grabrecht beansprucht, hat innerhalb von 4 Monaten nach dem Tod des Berechtigten die Umschreibung bei der Gemeinde unter Nachweis der ursprünglichen Berechtigung und ihres Übergangs zu beantragen. Die Umschreibung wird bescheinigt.
- 7 Soweit die Satzung eine Verlängerung des Benutzungsrechtes vorsieht, wird der Berechtigte vor Ablauf des Benutzungsrechts unter Hinweis auf die Möglichkeit der Verlängerung benachrichtigt. Soweit die Anschrift des Berechtigten nicht bekannt ist, genügt die Benachrichtigung durch Aushang an der Gemeindetafel. Hierauf ist es Sache der Berechtigten für die rechtzeitige Verlängerung des Grabrechtes zu sorgen. Die Verlängerung wird nach Zahlung der Gebühr, deren Höhe sich nach der zur Zeit der Antragsstellung geltenden Sätze bemisst, bescheinigt.

§ 9

Beschränkung der Rechte an Grabstätten

- 1 Das Benutzungsrecht kann durch die Gemeinde entzogen werden, wenn die Grabstätte aus dringenden Gründen nicht mehr an dem Ort belassen werden kann. Das Einverständnis des Benutzungsberechtigten ist erforderlich, falls die Ruhefrist des zuletzt in dem Grab Bestatteten noch nicht abgelaufen ist.
- 2 Bei Entzug des Benutzungsrechts wird dem Benutzungsberechtigten eine möglichst gleichwertige Grabstelle auf die Dauer der restlichen Nutzungszeit zugewiesen.
- 3 Kommt der Benutzungsberechtigte seinen Verpflichtungen aus dieser Satzung hinsichtlich der Anlage und des Unterhalts der Grabstätte trotz zweimaliger Mahnung der Gemeinde nicht nach, so kann die Gemeinde
 - 3.1 das Nutzungsrecht an einer Grabstätte, welche noch nicht belegt oder bei welcher die Ruhefrist des zuletzt Bestatteten bereits abgelaufen ist, ohne Entschädigung entziehen.
 - 3.2 Grabstätten, bei denen die Ruhefrist des zuletzt Bestatteten noch nicht abgelaufen ist, einebnen und über Grabmäler und Anpflanzungen wie bei Ablauf des Benutzungsrechts verfügen.

Ist der Benutzungsberechtigte nicht mehr bekannt, so genügt eine befristete öffentliche Bekanntmachung durch Anschlag an der Gemeindetafel.

§ 10

Erlöschen der Rechte an Grabstätten

- 1 Das Recht an den Grabstätten erlischt, sofern nicht entsprechend den Bestimmungen der Satzung seine Verlängerung rechtzeitig beantragt wurde, durch Ablauf der Benutzungsdauer. Die Gemeinde kann nach Erlöschen des Benutzungsrechts und nach Ablauf der Ruhefrist über die Grabstätte anderweitig verfügen. Ist die Ruhefrist bei Erlöschen des Benutzungsrechts noch nicht abgelaufen, kann die Gemeinde, sofern der bisher Berechtigte die für die noch übrigen Jahre der Ruhefrist anteiligen Gebühren nicht entrichtet, die Grabstätte einebnen.
- 2 Das Recht an der Grabstätte erlischt, wenn nicht binnen 4 Monaten nach dem Tode des Berechtigten der im Wege der Rechtsnachfolge Berechtigte (§ 8) die Umschreibung des Grabrechtes beantragt. Sofern der Gemeinde der Rechtsnachfolger bekannt ist, hat sie ihn hierzu aufzufordern; im anderen Falle genügt eine befristete öffentliche Bekanntmachung auf der Gemeindetafel. Nach Ablauf der Ruhefrist kann die Gemeinde über die Grabstätte anderweitig verfügen.
- 3 Soweit vor Erlass dieser Satzung Rechte an Grabstätten für eine unbestimmte Zeitdauer verliehen worden sind, erlöschen diese Rechte. Für die Zeitdauer der Ruhefrist kann jedoch gegen Erstattung der anteiligen Gebühren ein Benutzungsrecht verliehen werden. Läuft die Ruhefrist innerhalb von 5 Jahren nach Inkrafttreten dieser Satzung ab, so werden keine Gebühren erhoben.

§ 11

Pflege und Instandhaltung der Gräber

- 1 Der Grabberechtigte ist verpflichtet, das Grab innerhalb von 6 Monaten vom Tage der letzten Beisetzung ab, in einer würdigen Weise gärtnerisch anzulegen und zu unterhalten.
- 2 Zur Bepflanzung der Grabstätten sind nur geeignete Gewächse zu verwenden, welche die benachbarten Gräber nicht stören. Verdorrte Kränze und Blumen sind durch die Verfügungsberechtigten von den Gräbern zu entfernen und an den dafür besonders vorgesehenen Stellen im Friedhof zu ablagern.
- 3 Nach Erlöschen oder Entzug des Benutzungsrechtes hat der bisher Berechtigte die Anpflanzung zu beseitigen. Kommt er dieser Verpflichtung trotz Aufforderung nicht nach, kann die Gemeinde, unbeschadet des Rechts der Ersatzvornahme, frei hierüber verfügen. Ist die Anschrift des Grabberechtigten nicht mehr bekannt, so genügt eine befristete öffentliche Bekanntmachung durch Anschlag an der Gemeindetafel.

§ 12

Grabmäler und Einfriedungen

- 1 Die Errichtung von Grabmälern, Einfriedungen, Einfassungen und sonstigen baulichen Anlagen oder deren Änderung bedarf, unbeschadet sonstiger Vorschriften, der Genehmigung der Gemeinde. Diese ist berechtigt, soweit das zur Wahrung der Rechte anderer notwendig ist und der Friedhofszweck dies erfordert, Anordnungen zu treffen, welche sich auf Werkstoff, Art und Größe der Grabmäler, Einfriedungen usw. beziehen.
- 2 Die Genehmigung ist vor Beginn der Arbeiten zu holen. Ohne Genehmigung aufgestellte Grabmäler u. a. können auf Kosten des Verpflichteten von der Gemeinde entfernt werden. Das Ausmauern von Grabstätten ist unzulässig.
- 3 Mit dem Antrag ist eine Skizze im Maßstab 1:10 einzureichen. Aus dem Antrag (Beschreibung) und der Skizze müssen alle Einzelheiten der Anlage ersichtlich sein.
- 4 Die Genehmigung kann versagt werden, wenn die Anlage nicht den nachstehenden Vorschriften dieser Satzung entspricht.
- 5 Der Benutzungsberechtigte und die in seinem Auftrag Handelnden haften für jede durch die Errichtung von Grabzeichen und Einfassungen entstehenden Beschädigungen der Grab- und Friedhofsanlagen. Für die Durchführung der erforderlichen Aufräumarbeiten ist der Benutzungsberechtigte verantwortlich.

§ 13

Gestaltung der Grabmäler

- 1 Die Grabmäler sowie die sonstigen Anlagen müssen sich ihrer Umgebung im Friedhof nach Größe, Form, Farbgrad, Werkstoff, Bearbeitung und Anbringungsart so einfügen, dass sie weder benachbarte Gräber noch das Gesamtbild der umgebenden Friedhofsanlage stören. Die Wirkung eines Grabmales wird durch die Form, sowie durch die Einheitlichkeit des Werkstoffes bedingt. Auf fachgerechte, formal einwandfreie und würdige Ausführung ist Bedacht zu nehmen.
- 2 Nicht zugelassen sind Grabmäler und sonstige Anlagen,
 - 2.1 welche der Würde des Friedhofs oder den Grundsätzen des Abs. 1 nicht entsprechen,
 - 2.2 welche nach Form oder Werkstoff aufdringlich, unruhig, affektheischend wirken, oder die sonstwie geeignet sind, Ärgernis zu erregen und den Grabbesucher im Totengedenken zu stören.
- 3 Nicht zugelassen sind ferner
 - 3.1 echtes und nachgeahmtes Mauerwerk sowie Tropfstein, ferner Glas, Porzellan, Email, Blech und ähnliche für die Verwendung im Friedhof ungeeignete Werkstoffe,
 - 3.2 Ölfarbenanstrich auf Steingrabmälern und in Zement aufgetragener ornamentaler oder figürlicher Schmuck
- 4 Verboten sind Inschriften, Bildnisse und Symbole, welche der Weihe des Ortes widersprechen. Untersagt ist es, Schriften und Ornamente mit aufdringlichen Farben auszumalen.

§ 14

Erhaltung und Entfernung von Grabmälern

- 1 Die Benutzungsberechtigten haben die Grabmäler und sonstige Einrichtungen laufend zu unterhalten und ihren ordnungsmäßigen Zustand zu überwachen. Sie sind verpflichtet, die von der Gemeinde festgestellten Mängel innerhalb der ihnen gestellten Frist zu beheben.
- 2 Die in § 14 benannten Anlagen könne vor Ablauf des Benutzungsrechtes nur mit Genehmigung der Gemeinde ganz oder teilweise entfernt werden.
- 3 Nach Erlöschen oder Entzug des Benutzungsrechts hat der bisher Berechtigte das Grabmal oder die sonstigen Anlagen zu beseitigen. Kommt er dieser Verpflichtung innerhalb von 3 Monaten trotz schriftlicher Aufforderung der Gemeinde und eines Hinweises auf die Folgen der Nichtbeachtung nicht nach, kann die Gemeinde, unbeschadet des Rechts der Ersatzvornahme, hierüber frei verfügen. Ist die Anschrift der Grabberechtigten nicht mehr bekannt, so genügt eine befristete öffentliche Bekanntmachung durch Anschlag an der Gemeindetafel.

§ 15

Arbeiten im Friedhof

Während der Bestattungszeiten ist die Vornahme gewerblicher oder störender Arbeiten in der Nähe des Bestattungsortes untersagt.

§ 16

Haftung

- 1 Die Benützungsberechtigten sind für alle Schäden (Sach- und Personenschäden) verantwortlich, welche insbesondere durch Umfallen von Grabdenkmälern oder Abstürzen von Teilen derselben verursacht werden.
- 2 Die Gemeinde haftet außer für schuldhaft unerlaubte Handlungen ihrer Bediensteten oder Beauftragten nicht für Beschädigungen, die an Grabstätte entstehen, insbesondere nicht für Unfälle infolge mangelhafter Unterhaltung von Grabdenkmälern oder für Schäden, welche durch Beauftragte der Benützungsberechtigten verursacht werden.

2 Leichenhaus

§ 17

Benutzung des Leichenhauses

- 1 Das Leichenhaus dient zur Aufbewahrung der Leichen aller im Gemeindegebiet Verstorbenen bis zur Bestattung oder Überführung. Ebenso werden Totgeburten, Fehlgeburten und Leichenteile und abgetrennte menschliche Körperteile, sowie Aschenreste feuerbestatteter Toter bis zu ihrer Beerdigung aufbewahrt.
- 2 Die Toten werden in der Leichenhalle aufgebahrt. Besucher und Angehörige haben kein Recht auf Zutritt zu dem Aufbahrungsraum.
- 3 In der Regel wird im offenen Sarg aufgebahrt. Auf Wunsch der Angehörigen oder wenn es der Amtsarzt oder Leichenschauarzt angeordnet hat, bleibt der Sarg geschlossen. Lichtbildaufnahmen von aufgebahrten Leichen bedürfen der Erlaubnis der Gemeinde und desjenigen, welcher die Bestattung in Auftrag gegeben hat.
- 4 Eine Aufbahrung der Leichen von Personen, welche an einer übertragbaren Krankheit im Sinne des Bundesseuchengesetzes erkrankt waren, unterbleibt.
- 5 Für die Beschaffenheit von Särgen, Sargausstattungen und für die Bekleidung von Leichen gelten die Vorschriften des § 20 der Verordnung des Bayerischen Staatsministerium des Inneren vom 9. Dezember 1970 (GVBl. S. 671).
- 6 Die Gemeinde haftet nicht für den Verlust von Schmucksachen oder Wertgegenständen, welche den Toten beigegeben worden sind, es sei denn, dass der Verlust auf schuldhafte, unerlaubte Handlung ihrer Bediensteten oder Beauftragten zurückzuführen ist.

§ 18

Benutzungszwang

- 1 Die Leichen aller im Gemeindegebiet Verstorbenen müssen nach Vornahme der ersten Leichenschau unverzüglich in das gemeindliche Leichenhaus verbracht werden. Das gleiche gilt für Totgeburten, Fehlgeburten, Leichenteile und abgetrennte menschliche Körperteile, sowie für Aschenreste feuerbestatteter Toter, sofern diese nicht sofort beerdigt werden können.
- 2 Leichen, die an einen Ort außerhalb der Gemeinde überführt werden sollen, sind bis zur Überführung ins Leichenhaus zu verbringen, wenn die Leiche nicht innerhalb von höchstens 18 Stunden nach Eintritt des Todes unter Beachtung der bestehenden Bestimmungen überführt werden kann. Auch die Leiche einer im Krankenhaus verstorbenen Person kann unmittelbar nach auswärts überführt werden, wenn ein entsprechender Aufbahrungsraum im Krankenhaus vorhanden ist.
- 3 Leichen, die von auswärts in die Gemeinde überführt werden sollen, sind unverzüglich nach der Ankunft im Gemeindegebiet in das Leichenhaus zu verbringen, falls nicht die Beerdigung sofort nach Ankunft stattfindet.
- 4 Verpflichtet im Sinne vorstehender Absätze ist der in § 3 Abs. 4 angeführte Personenkreis, soweit ihm die Bestattungspflicht obliegt. Neben diesen Verpflichteten ist der mit der Wegbringung der Leiche aus dem Sterbehäus Beauftragte für die Verbringung der Leiche in das Leichenhaus verantwortlich.

- 5 Die Öffnung einer Leiche darf nur in dem hierfür vorgesehenen Leichenraum und nur durch einen Arzt nach vorheriger Verständigung des Gesundheitsamtes vorgenommen werden. Leichenöffnungen bedürfen in jedem Falle einer richterlichen oder behördlichen Anordnung oder einer Zustimmung der nächsten Angehörigen des Verstorbenen. Außerhalb des Leichenhauses dürfen Leichenöffnungen nur in Krankenanstalten vorgenommen werden, soweit dort geeignete Sezierräume vorhanden sind.

III

Bestattungsvorschriften

§ 19

Allgemeines

Ein Grab muss mindestens 24 Stunden vor Beginn der Bestattung bei der Gemeinde bestellt werden.

§ 20

Beerdigung

- 1 Den Zeitpunkt der Bestattung setzt die Gemeinde im Benehmen mit den Hinterbliebenen und dem Pfarramt fest. Sie finden nur während des Tageszeit statt.
- 2 Der Sarg wird spätestens eine Viertelstunde vor Beginn der Beerdigung geschlossen.
- 3 Nachrufe, Niederlegung von Kränzen oder musikalische Darbietungen dürfen erst nach Abschluss der religiösen Zeremonien erfolgen. Ausnahmen bedürfen der besonderen Genehmigung der Gemeinde.

§ 21

Aschenbeisetzung

- 1 Die Urnenbeisetzung ist der Gemeinde vorher rechtzeitig anzumelden. Bei der Anmeldung ist die standesamtliche Urkunde und die Bescheinigung über die Einäscherung vorzulegen.
- 2 Aschenreste und Urnen müssen entsprechend den Vorschriften des § 16 der Verordnung des Bayerischen Staatsministerium des Inneren vom 9. Dezember 1970 (GVBl. S. 671) gekennzeichnet sein.
- 3 Urnen können nur unterirdisch beigesetzt werden.

§ 22

Ruhefrist

Die Ruhefrist des Verstorbenen beträgt 25 Jahre, gerechnet vom Tage der Beisetzung an.

§ 23

Leichenausgrabung und Umbettung

- 1 Leichenausgrabungen und Umbettungen dürfen nur mit Genehmigung der Gemeinde vorgenommen werden. Soweit Ausgrabungen nicht vom Gericht oder einer Behörde angeordnet werden, dürfen sie nur außerhalb der Besuchszeiten für den Friedhof vorgenommen werden. Zur Ausgrabung bedarf es eines Antrages des Grabbenutzungsberechtigten.
- 2 Die Ausgrabung und Umbettung von Leichen ist nach den Anordnungen des staatlichen Gesundheitsamtes durchzuführen. Sie müssen dem Gesundheitsamt angezeigt werden.
- 3 Angehörige und Zuschauer dürfen der Umbettung nicht beiwohnen.

IV

Ordnungsvorschriften

§ 24

Verhalten im Friedhof

- 1 Jeder Besucher des Friedhofs hat sich ruhig und der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten.
- 2 Kindern unter 10 Jahren ist das Betreten des Friedhofes nur in Begleitung Erwachsener gestatten.
- 3 Den Anordnungen der Gemeinde haben die Besucher Folge zu leisten.
- 4 Wer an einer Beisetzung teilnehmen will, hat in ordentlicher Kleidung zu erscheinen.

§ 25

Verbote

Im Friedhof ist nicht gestattet:

- 1 Tiere, insbesondere Hunde mitzunehmen,
- 2 zu rauchen und zu lärmern,
- 3 mit Fahrrädern, Mopeds und dergleichen zu fahren,
- 4 ohne Genehmigung Druckschriften zu verteilen,
- 5 Waren aller Art, insbesondere Blumen und Kränze feilzubieten,
- 6 gewerbliche oder sonstige Leistungen anzubieten,
- 7 Wege, Plätze und Gräber zu verunreinigen, sowie Grabdenkmäler zu beschädigen und zu beschmutzen,
- 8 Abfälle an anderen Orten abzulagern, als an den hierfür vorgesehenen und gekennzeichneten Plätzen,
- 9 Grabhügel oder Grabeinfassungen und Grünanlagen zu betreten,
- 10 unpassende Gefäße (Konservendosen und ähnliche Gegenstände) auf den Gräbern aufzustellen oder solche Gefäße und Gießkannen zwischen den Gräbern zu hinterstellen.

V

§ 26

Benutzungsgebühren

Für die Benutzung der öffentlichen Einrichtungen für das Bestattungswesen werden Gebühren nach der jeweils geltenden Gebührensatzung erhoben.

§ 27

Ersatzvornahmen

Wird eine Verpflichtung aus dieser Satzung nicht rechtzeitig oder nicht vollständig erfüllt, so kann die Gemeinde das Zwangsmittel der Ersatzvornahme gemäß den Art. 29 ff des Bayerischen Verwaltungs- und Vollstreckungsgesetzes vom 11. November 1970 (GVBl. 1971, S. 1 ff) anwenden.

§ 28

Zuwiderhandlung

Nach Art. 24 Abs. 2 Satz 2 Gemeindeordnung kann mit Geldbuße belegt werden, wer

- 1 den Vorschriften über den Benutzungszwang (§§ 2, 8) zuwiderhandelt,
- 2 wer die Vorschriften über die Errichtung, Gestaltung und Unterhaltung von Grabdenkmälern und Einfriedungen (§§ 11, 12, 13, 14) nicht beachtet,

- 3 wer den in den §§ 24, 25 festgelegten Verhaltensweisen und Verboten zuwiderhandelt.

§ 29

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. Januar 1989 in Kraft.

Folgende Änderungen sind in dieser Satzungsfassung eingearbeitet:

- 1 Satzung zur Änderung der Satzung über das Bestattungswesen der Gemeinde Holzgünz vom 5. Oktober 1988.
 - 1.1 Inhalt:
 - 1.1.1 § 1 „Gegenstand der Satzung“
 - 1.2 Bekanntmachung vom xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx.
 - 1.3 Diese Änderungssatzung tritt zum xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx in Kraft.
- 2 Satzung zur Änderung der Satzung über das Bestattungswesen der Gemeinde Holzgünz vom 5. Oktober 1988
 - 2.1. Inhalt:
 - 2.1.1 § 4 Art der Gräber
 - 2.1.2 § 6a Urnengräber
 - 2.1.3 § 7 Friedhofsplan und Größe der Gräber
 - 2.2 Bekanntmachung vom 06.06.2011
 - 2.3 Die Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.